

Vorlage zu Stellungnahme AG BTHG

Gemeinsame Stellungnahme des Landesbeirates zur Teilhabe behinderter Menschen und des Landesbehindertenbeauftragten zum AG BTHG

Themen / Eckpunkte:

- 1) Land als Träger der Eingliederungshilfe (Ü18) und Heranziehung der Kommunen – Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse.
- 2) Trennung der Zuständigkeit zwischen Kommunen und Land bei Erwachsenen und Kinder/Jugendlichen mit Behinderungen (U18/Ü18) – Probleme unterschiedlicher Leistungsgewährung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.
- 3) Inklusive Lösung in der Eingliederungshilfe und Jugendhilfe auf kommunaler Ebene unterstützen
- 4) Landesweite Arbeitsgemeinschaft zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe (§ 94 SGB IX) – Verbindlichkeit durch Landesinklusionsplan und regionale Inklusionsplanung. Definition inklusiver Leistungserbringung.
- 5) Finanzielle Anreize für Leistungsträger und Leistungserbringer für Inklusion schaffen.
- 6) Aussagekräftige und gesicherte Statistiken und Daten zur Steuerung inklusiver Leistungsangebote.
- 7) Verbindliche Regionale Zusammenarbeit der Kommunen in Arbeitsgemeinschaften (flächendeckenden).
- 8) Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen (Arbeitsgemeinschaft nach § 94 SGB IX, Rahmenvereinbarung, Schiedsstellen) – Auf Augenhöhe und paritätisch.
- 9) Verhinderung von Versorgung von Menschen mit Behinderungen in Pflegeeinrichtungen durch landesweite Standards.
- 10) Umsetzung von Inklusion und Teilhabe für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf.
- 11) Ausstattung und Fachlichkeit des Trägers der Eingliederungshilfe.
- 12) Instrumente der Bedarfsermittlung (Teilhabeplanung /Gesamtplanung) zeitnah bestimmen im Rahmenvertrag bzw. Verordnung.
- 13) Bundesratsinitiative zur Anpassung des Personalkostenzuschusses im Budget für Arbeit auf den bisherigen Stand in Rheinland-Pfalz.